Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.

Rundbrief

Liebe Freundinnen und Freunde,

tagtäglich kommen Menschen zu uns ins Haus, die vor Krieg und Elend geflohen sind und ihre Flucht überlebt haben. Sie haben es mit viel Glück nach Deutschland geschafft und hier eine „Willkommenskultur" erlebt. Es gibt hier in unserer Kleinstadt im Vergleich zu früheren Jahren erstaunlich viele Menschen, die sich der Geflüchteten annehmen. Selbst die Stadtverwaltung und Kirchen sind offener als in früheren Jahren. Und doch wird vielen der Geflüchteten durch die herrschende Politik deutlich vor Augen geführt, dass sie wieder gehen sollen. Davon sind derzeit besonders stark Menschen aus Afghanistan betroffen.

Seit über einem Jahr haben wir vor allem zu jungen afghanischen Männern Kontakt. Nach ihrer Anhörung beim Bundesamt für Asyl und Flüchtlinge (BAMF) im vergangenen September haben alle gespannt auf die Entscheidung ihres Asylantrags gewartet. Im Dezember erhielt dann der Erste hier in der staatlichen Asylunterkunft in Gammertingen lebenden Afghane einen Bescheid des BAMF: Ablehnung! Und das hat sich nun nahezu im Wochenrhythmus wiederholt. Inzwischen haben alle 17 afghanischen Geflüchteten einen Bescheid erhalten. Das Ergebnis: 16 Ablehnungen! Das entspricht einer unglaublichen Ablehnungsquote von über 94 Prozent hier vor Ort! Absolut katastrophal!

Wir erleben nun die Auswirkungen dieser menschenverachtenden Politik hautnah mit. Allen afghanischen Schutzsuchenden hier vor Ort haben wir zugesagt, dass wir sie begleiten würden, wenn sie eine Klage gegen einen Ablehnungsbescheid einlegen wollen. Deshalb hat sich der Vorgang nun ständig wiederholt: Es kommt ein zerknirschter, niedergeschlagener junger Mann mit einem gelben Umschlag in der Hand. Häufig ein Häufchen Elend. Katrin Warnatzsch berichtet in diesem Rundbrief, was daraus an konkreter Arbeit für uns folgt.

Um diese Ablehnungswelle zu verstehen, genügt ein Blick zurück in den Herbst 2015. Damals meinte der Bundesinnenminister, afghanische Flüchtlinge hätten keine Fluchtgründe, weil „Wir" so viel Entwicklungshilfe ins Land gepumpt hätten. Im November 2015 verkündete er weiter: „*Unsere (...) Sorge ist im Moment in Europa die große Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan. Wir wollen, dass in Afghanistan das Signal ankommt: Bleibt dort! Wir führen euch aus Europa (...) direkt nach Afghanistan zurück!*" Damals, 2015, bekamen noch annähernd 80 Prozent der afghanischen Asylsuchenden Schutz. Seither befindet sich die Schutzquote im freien Fall. In den ersten vier Monaten 2017 sank sie auf 46,6 Prozent. Und das trotz immer katastrophalerer Verhältnisse in Afghanistan. Das macht deutlich, unter welch enormem politischen Druck das BAMF steht.



Da es sich bei den hier in Gammertingen lebenden Afghanen um „alleinreisende junge Männer" handelt, wie diese Gruppe im Politikerjargon bezeichnet wird, gibt es für sie nahezu gar keinen Schutz mehr durch das BAMF. Junge Männer können ja offensichtlich wieder ruhigen Gewissens zurück ins Bürgerkriegsland Afghanistan geschickt werden! Dafür werden die Fakten schöngeredet. Es gebe ja angeblich sichere Regionen in Afghanistan und somit inländische Fluchtalternativen. Wo diese sichere Regionen denn sein sollen, können Innenminister Thomas de Maizère und Außenminister Sigmar Gabriel nicht sagen. Ihr Ziel ist einfach, möglichst viele Menschen abzuschieben, nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn". Mich empört, was diese Politiker so dahinreden.

Aus dem Inhalt

- **Nachrichten**
- **Wo kämen wir hin, wenn wir gingen, wohin wir wollen?**
- **Malalai Joya: Katastrophe in Afghanistan ist Ergebnis des US-NATO-Krieges**
- **Ullrich Hahn: Pazifismus und offene Grenzen**
- **Lebenshaus arbeitet vielfach am Abbau von Fluchtursachen mit**
- **Die Welt rüstet weiter auf - Deutschland ist voll dabei**

93
Juni 2017
24. Jahrgang



Michael Schmid bei einer Protestkundgebung gegen Afghanistan-Abschiebungen in Gammertingen.

Opfer des NATO-Kriegs in Afghanistan

Letztlich sind die geflüchteten Menschen aus Afghanistan, die nun bei uns gestrandet sind, Opfer des Krieges der USA und der NATO in Afghanistan. Die afghanische Antikriegsaktivistin und Feministin Malalai Joya beschreibt die Auswirkungen dieses „Krieges gegen den Terror" nochmals eindrücklich in einem Artikel, den wir in diesem Rundbrief veröffentlichen. Seit Herbst 2001 führt auch Deutschland Krieg am Hindukusch, angeblich, um dort unsere Sicherheit zu verteidigen. Gegen diesen Krieg haben wir von Anfang an und auf vielerlei Weise über die ganze Zeit protestiert.

Inzwischen ist mehr als offenkundig, dass die westliche Militärintervention in Afghanistan völlig gescheitert ist. Es ist ihr nie gelungen, den Krieg tatsächlich zu beenden und der alltäglich überall drohenden Gewalt Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil, die Gewalt nimmt zu. Und die NATO will einige tausend Soldaten zusätzlich in die Region entsenden, um den Vormarsch von Taliban und Islamischer Staat zu stoppen.

Bedenkt man allein die Kosten von wahrscheinlich mehr als zwei Billionen US-Dollar, welche die Steuerzahler der beteiligten NATO-Staaten bisher bereitstellen mussten, um ihre Truppen nun 16 Jahre am Hindukusch Krieg führen zu lassen. Was hätte mit diesem gigantischen Betrag bewirkt werden können, wäre er in sinnvolle Zwecke investiert worden. „*Hätte man das viele Geld statt in den Krieg in die Wirtschaft des Landes investiert, wäre ganz Afghanistan heute eine einzige wirtschaftlich blühende Landschaft, ein muslimischer Musterstaat, aus dem die Taliban und sonstigen Gotteskrieger längst ganz von selbst verschwunden wären*", stellt der Fachjournalist Wolfgang J. Koschnick dazu fest (Telepolis, 13.06.2015).

Dieses Scheitern hätte ja zumindest dafür gut sein können, um aus Fehlern zu lernen und „*endlich Schluss zu machen mit der unseligen Vorstellung, Konflikte immer und überall mit militärischen Mitteln lösen zu können.*" (Thomas Gebauer) Weil aber die Niederlage von der politischen Klasse nicht eingestanden sondern schöngeredet wird, wird ebenfalls völlig faktenfremd behauptet, geflüchtete Menschen könnten zurück nach Afghanistan geschickt werden.

Deshalb protestieren wir weiter sowohl gegen die Afghanistan-Abschiebungen, wie auch ganz grundsätzlich gegen die Militär- und Kriegspolitik. Was da aktuell an gigantischer Aufrüstung durch die Bundesregierung geplant wird, erfüllt mich jedenfalls mit großer Sorge (siehe Artikel „Die Welt rüstet weiter auf - Und Deutschland ist voll dabei").

Ein trauriger Mann aus Afrika

Während ich schreibe, läutet es an unserer Haustür. Ein junger Mann aus Gambia, der ebenfalls in der örtlichen Asylunterkunft lebt, steht mit einem gelben Briefumschlag da. Also hat er ebenfalls seinen Bescheid zu seinem Asylgesuch vom BAMF erhalten. Nach dem Öffnen wird auf den ersten Blick klar: eine noch katastrophalere Entscheidung als bei den Bescheiden der Afghanen, die wir gesehen haben. Denn zu lesen ist: „*…als offensichtlich unbegründet abgelehnt*". Er habe nur „*allein die schlechte Wirtschaftslage zur Ausreisebegründung geltend gemacht*" und sei deshalb kein Flüchtling. Katrin erläutert ihm, was das bedeutet. Als der junge Mann das erfasst, werden seine Augen sehr traurig. Seit seiner Kindheit ist er auf sich allein gestellt gewesen und seit rund 15 Jahren zunächst in verschiedenen Ländern Afrikas unterwegs und dann in Europa, immer auf der Suche, einen sicheren Platz zum Leben zu finden. Und nun soll er auch Deutschland wieder verlassen müssen! Er blickt sehr ungläubig. Uns ist klar: höchste Alarmstufe! Zwei hektische Tage folgen.

Die Welt im Krieg

„World at war" betitelte das Flüchtlingshilfswerk UNHCR seinen Report über Zwangsvertreibungen im Jahr 2015. Darin wurde das beispiellose Ausmaß an kriegs- und konfliktbedingten Vertreibungen von damals weltweit fast 60 Millionen Menschen im Jahr 2014 beschrieben. Für das Jahr 2015 musste UNHCR einen weiteren drastischen Anstieg auf über 65 Millionen geflüchtete Menschen feststellen. Dies ist die höchste jemals registrierte Zahl seit Beginn der Erhebungen. Ein trauriges Rekordniveau. Übrigens haben nur 3,2 Millionen Flüchtlinge weltweit bis Ende 2015 einen Asylantrag gestellt und Schutz und Sicherheit in einem Industrieland gesucht.

Allerdings umfassen diese Zahlen des UNHCR nur die Menschen, die vor Krieg, Konflikten und Verfolgung geflohen sind und entsprechend registriert wurden. Dazu kommen diejenigen, die wegen ökologischer Krisen wie Überschwemmungen oder Dürrekatastrophen ihrer Existenzgrundlagen beraubt wurden. Den größten Anteil an der aktuellen weltweiten Migration haben Menschen, die aufgrund einer Mischung von Armut, Ausbeutung, Gewalt, Umweltkatastrophen und Chancenlosigkeit zur Flucht veranlasst werden. Sie suchen einen Platz, an dem sich überleben oder besser leben lässt und wollen nicht tatenlos hinnehmen, keine Perspektive zu haben und sozial ausgeschlossen zu sein. Diese Menschen fallen jedoch nicht unter den Flüchtlingsschutz der UN und es gibt für sie keine rechtlich garantierten Schutzmechanismen. Sie sind also diejenigen, die hierzulande besonders gerne mit abwertenden Begriffen wie „Wirtschaftsflüchtlinge" oder „Armutsflüchtlinge" diskriminiert werden oder gar als „Sozialschmarotzer", die angeblich nur in unser Sozialsystem einwandern wollten.

Fluchtursachen bekämpfen?!?

Fluchtursachen bekämpfen, das verkünden viele. Und das hört sich sehr vernünftig an. Wer dabei aber als erstes die Bekämpfung von „kriminellen Schleppern" benennt, der

möchte ablenken von den tatsächlichen Ursachen. Letztlich werden durch diese Politik außer Schleppern in erster Linie geflüchtete Menschen bekämpft, keineswegs aber Fluchtursachen. Die Politik Deutschlands, der EU und anderer Industriestaaten ist von Abwehr und einem militärgestützten Sicherheitsdenken bestimmt. Abschottung, Ausgrenzung und Abschiebung! Es gibt ständige Gesetzesverschärfungen in so rasantem Tempo, dass sie kaum mehr richtig zu begreifen sind. Verträge mit allerlei Diktatoren und EU-Grenzschutz in der Sahara zur Abhaltung von möglichst vielen Flüchtlingen schon weit vor Europa. Und dann die vielen Toten, die auf ihrer Flucht nach Europa ums Leben kommen, weil die Politik der EU Schutzsuchenden sichere Fluchtwege versperrt und sie auf lebensgefährliche Routen zwingt. 1364 registrierte Tote waren es bis zum 19. Mai dieses Jahr bereits wieder, die im Mittelmeer ertrunken sind.

Warum das alles? In einem Interview stellt Prof. Arian Schiffer-Nasserie dazu fest, die Flüchtlinge und deren Tod seien einkalkuliert und notwendig für den westlichen Wohlstand. Die im Mittelmeer ertrunkenen Menschen seien ein unvermeidbares Produkt unserer kapitalistischen Weltordnung. „*Die Ursache liegt in einer Weltordnung, die darauf ausgelegt ist, dass die erfolgreichen kapitalistischen Staaten Westeuropas und Nordamerikas den Nutzen aus der Welt ziehen und die Armutsresultate, die sie dabei überall produzieren, und das Elend, das dabei notwendig zustande kommt, bei sich nicht haben wollen.*“ (s. *Lebenshaus*-Rundbrief Nr. 86/ Sept. 2015).

Es sind die ungerechten globalen Verhältnisse, die Menschen zu Hungernden, Armen, Elenden, Erniedrigten und eben auch zu Geflüchteten machen.

Was tun gegen „Krieg der Reichen gegen die Armen“?

Die dramatische Weltlage bringt Papst Franziskus zu der Feststellung, hier werde ein „*Krieg der Reichen gegen die Armen*“ geführt. Und weiter: „*Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden. Die Ungleichverteilung der Einkünfte ist die Wurzel der sozialen Übel.*“ (Apostolisches Schreiben „Evangelii Gaudium“)

So radikal, wie der Papst das formuliert, stellt sich also die Herausforderung dar, vor der wir stehen. Globalisierung und Flucht bzw. Migration sind zwei Seiten einer Medaille. Das gilt es zunächst einmal zu begreifen. Und wenn wir das begreifen, dann ahnen oder wissen wir, dass angesichts der herrschenden globalen Verhältnisse eine unendlich schwierige Aufgabe erwächst, wenn wir an diesen etwas verändern wollen.

Was können wir als *Lebenshaus* denn dazu beitragen, um Fluchtursachen so zu bekämpfen, dass weniger Flüchtlinge in unser Land kommen? Diese Frage kam bei unserer Mitgliederversammlung Anfang Mai auf.

Wir engagieren uns in verschiedenen Bündnissen und sozialen Bewegungen für eine andere Welt, eine Welt, in der Menschen sich weniger gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen. Ich habe einen Teil davon einmal zusammengestellt (s. Kasten auf Seite 12). Sichtbar wird dabei ein erstaunlich bunter Strauß an vielfältigen Aktivitäten, die auf grundlegende Reformen im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen System drängen.

Natürlich werden die angestrebten Veränderungen angesichts der real herrschenden Verhältnisse derzeit allenfalls bruchstückhaft gelingen können. Deshalb werden weiter Menschen auf der Suche nach Schutz und einer Lebensperspektive in unser Land kommen. In diesem Zusammenhang werden sicherlich immer wieder viele Fragen aufgeworfen und Probleme thematisiert. Wir veröffentlichen in diesem Rundbrief interessante Thesen von Ullrich Hahn zu „Pazifismus und offene Grenzen“.

Übrigens nochmals kurz zurück zu dem oben erwähnten jungen Mann aus Gambia mit seinem Ablehnungsbescheid und der sofortigen Ausreiseaufforderung: Es wurde ein Rechtsanwalt gefunden, der Klage gegen den Bescheid eingelegt hat. Ob sich dadurch am Ende die Hoffnungen dieses Mannes nach einer längerfristigen Perspektive in unserem Land erfüllen werden, ist allerdings unter den derzeitigen politischen Vorzeichen ziemlich zweifelhaft.

Wie hat Charles Chaplin einst gesagt: „*Wenn wir keine Visionen und Träume mehr haben, hört der Kampf für eine andere Zeit auf.*“ Und deshalb halten wir fest an der Vision, dass eine andere, bessere Welt möglich ist, die allen Menschen an allen Orten dieser Erde Zugang zu passenden Lebensbedingungen sichert und überall ein würdevolles Leben möglich machen. Wir engagieren uns gemeinsam mit den weltweiten sozialen Bewegungen weiter für weltweite Gerechtigkeit und friedvolle Verhältnisse. Und wir hoffen, dass viele unserer Leserinnen und Leser auf diesem Weg weiter dabei sind.

Herzliche Grüße

Euer / Ihr



Michael Schmid

Nachrichten aus dem Lebenshaus



Tagung im Herbst 2017

Wie bereits im letzten Rundbrief angekündigt, organisieren wir für diesen Herbst nun die fünfte Tagung „'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht". Konkret geht es um das Wochenende 14./15 Oktober 2017.

Das ausführliche Programm ist dem beigefügten Einladungsflyer sowie – jeweils in aktuellster Fassung – unserer Internetseite www.lebenshaus-alb.de zu entnehmen.

Was bereits im Vorfeld hervorragend gelungen ist, ist die enorme Unterstützung unserer Tagung durch 35 Organisationen und Initiativen. Das finden wir sehr schön.

Natürlich wünschen wir uns jetzt auch eine ebenso gute reale Beteiligung an diesen Veranstaltungen im Oktober. Herzliche Einladung!

Gleichzeitig sind wir auf Unterstützung angewiesen, indem andere Menschen auf diese Veranstaltungen hingewiesen werden. Einladungsflyer können zum weiteren Verteilen oder Auslegen bei uns angefordert werden - gerne auch in größerer Stückzahl.

Die Tagung ist mit sehr viel Arbeit und relativ hohen Kosten verbunden. Ein Teil davon wird durch Beiträge der Teilnehmenden abgedeckt. Zudem haben wir einen Antrag für einen Zuschuss aus Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes gestellt, über den aber noch nicht entschieden ist. Aus heutiger Sicht besteht noch eine Finanzierungslücke von mehreren tausend Euro. Um diese schließen zu können, bitten wir um Spenden. Auch wer selber nicht an der Tagung teilnehmen kann, könnte durch eine Spende zur Kostendeckung und dadurch zum Gelingen beitragen.

Dringend gesucht werden zwei bis drei Personen, die während der Tagung tatkräftig an den organisatorischen Aufgaben im Hintergrund verbindlich mitarbeiten (Verpflegung, Küche, Räume herrichten usw.). Wer sich eine Mitarbeit vorstellen kann, möge sich bitte mit uns in Verbindung setzen.



Im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen fand anlässlich des 6. Jahrestags der Fukushima-Katastrophe eine vom Lebenshaus organisierte Mahnwache in Gammertingen statt. Das Motto lautete: „Fukushima mahnt - Atomausstieg jetzt!".

Mitgliederversammlung

Am 6. Mai fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Vereins *Lebenshaus Schwäbische Alb* statt. Dabei hielt Michael Schmid mit seinem Geschäftsbericht, veranschaulicht durch eine Powerpoint-Präsentation, ausführlich Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr 2016/2017. Er machte unter anderem deutlich, dass sich das Thema „Afghanistan" wie ein roter Faden durch unsere verschiedenen Handlungsfelder zieht - Veranstaltungen, Aktionen, Publikationen, Medien, Öffentlichkeitsarbeit und praktische Solidaritätsarbeit.

Der Kassenprüfbericht von Eberhard Wurst und Hans Landenberger ergab keinerlei Beanstandungen. Nach einer Aussprache wurde der Vorstand von der Mitgliederversammlung einstimmig für seine Arbeit im zurückliegenden Geschäftsjahr entlastet und es wurde ihm ausdrücklich für seine Arbeit gedankt. Die anschließenden Vorstandswahlen ergaben die gleiche Zusammensetzung wie in den vergangenen beiden Jahren: Axel Pfaff-Schneider (Vorsitzender), Katrin Warnatzsch (Stellvertretende Vorsitzende) und Hubert Rothfeld (Stellvertretender Vorsitzender).

Eine ausführliche, teils auch kontroverse Debatte gab es zum Themenschwerpunkt „Gute Flüchtlinge" - „Schlechte Flüchtlinge"? Eine Problematik, die uns sicherlich aufgrund ihrer Brisanz weiter beschäftigen wird.

Protestkundgebungen gegen Afghanistan-Abschiebungen

Anlässlich der Sammelabschiebungen von Menschen nach Afghanistan hat *Lebenshaus Schwäbische Alb* inzwischen drei Protestkundgebungen in Gammertingen organisiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer protestierten gegen eine unmenschliche Politik, mit der Schutzsuchende in ein Land abgeschoben werden, in dem Krieg, Terror und Chaos herrschen und brachten ihre Solidarität mit den von unmenschlichen Zwangsrückführungen Betroffenen zum Ausdruck.

Die Beteiligung an den Protesten war für unsere Kleinstadtverhältnisse auf der Schwäbischen Alb außerordentlich gut. An der Protestkundgebung am 22. Februar nahmen etwa 100 Menschen teil, an der am 27. März rund 50 und am 31. Mai waren es ca. 80. In den vergangenen Jahrzehnten ist es selten gelungen, dass hier einmal so viele Menschen gemeinsam protestiert haben. Zahlreich mit dabei waren jeweils auch Flüchtlinge, in erster Linie aus Afghanistan. Hier ein paar bildliche Impressionen von den Veranstaltungen.













Wo kämen wir hin, wenn wir gingen, wohin wir wollen?

Von Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus

Mein amnesty international Kalender

Ich benutze den Taschenkalender von amnesty als Hilfsmittel für meine Terminplanungen. Seit Januar 2017 ist jede Seite so voll geschrieben, wie seit Jahren nicht mehr. Das ist vielleicht altmodisch in Zeiten von Handys und elektronischen Kalendern, hilft aber doch, um Rückblick zu halten. Freie Tage ohne Termine streiche ich ganz durch, wir kämpfen jede Woche um solche.

Meine Erwartungen, wie viel Arbeit mit den jungen Afghanen in Gammertingen in ihrem Asylverfahren wohl auf mich zukommen würde, haben sich überholt. 16 von 17 jungen Männern aus Afghanistan sind vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt worden. Das dürfte für diese Gruppe der Geflüchteten vergleichbar wie überall in Deutschland sein. Ich kann es nicht verstehen, mit welcher Kälte, Ignoranz und per Textbausteinen in den Ablehnungsbescheiden die Tatsache, dass in Afghanistan überall Krieg herrscht, weggewischt und für nicht entscheidungsrelevant erklärt wird. Das fühlt sich an wie ein Feldzug unserer Regierungspolitik gegen Geflüchtete. Dieser wird mit Raffinesse und sich überschlagenden Verschärfungen der Gesetze und Regulierungen geführt.



Trotz allem bin ja nicht ich die Betroffene dieser Ablehnungsbescheide, denke ich manchmal. Ich spüre ihre Auswirkungen sozusagen kollateral.

In der Folge der Ablehnungsbescheide werden junge Menschen verstört, gequält von der Angst, abgeschoben zu werden in ein zerrüttetes, gefährliches und auf lange Zeit unsicheres Land. Die allermeisten schildern mir ihre Befürchtung, bei einer Rückkehr nach Afghanistan von Ermordung bedroht zu sein. Einige lebten seit Monaten, manche schon viele Jahre in Iran, wo sie aber ebenfalls kein Aufenthaltsrecht erhalten konnten, sondern weiter vertrieben wurden. Im Alter von 17 Jahren wird es dort für junge afghanische Männer sehr gefährlich, weil sie bevorzugt aufgegriffen und gezwungen werden, als Söldner im Krieg in Syrien eingesetzt zu werden. So kommt es, dass es Kriegsverletzte afghanische junge Männer in Deutschland gibt, die im Syrien-Krieg kämpfen mussten.

Warum sind Sie nach Deutschland gekommen? Was erwarten Sie bei einer Rückkehr?“

Im *Lebenshaus* finden fast jeden Tag Gespräche statt, in denen die Einzelnen versuchen, sich auf die Klagebegründung für die Gerichtsverhandlung vorzubereiten. Dazu liegen mir die Ablehnungsbescheide und die Protokolle des ersten Interviews vor dem BAMF vor. Diese beiden Papiere haben die Geflüchteten auch in ihren Sprachen gelesen, sofern sie lesen können und der Dolmetscher wirklich muttersprachlich war. Nun gehen wir daran, die im Interview anhand eines Fragenkataloges aufgenommenen Antworten zu überprüfen. Dabei stellt sich bei den Asylantragstellern zuerst einmal Wut und Unverständnis ein, weil sie sich nicht wirklich „angehört“ fühlten. Der Stress der oft unter Zeitdruck und anderen schlechten Bedingungen geführten Interviews führte natürlich zu Lücken und Fehlern. Oft wurden aber ganz leicht erkennbar auch suggestive Fragen gestellt oder falsch protokolliert. Und sehr viele Männer haben den wesentlichen Moment ihrer Flucht gar nicht erzählt.

Indem ich mehrere Gespräche pro Person anbiete und pro Termin jeweils zwei Stunden Zeit dafür einplane, wächst bei manchen das Zutrauen, nun doch sehr persönliche Erfahrungen und Fluchtgründe auszupacken und zu beschreiben. Ich versuche, einfühlsame Fragen in einfach verständlichem Deutsch zu stellen, damit sie in ihrer Erinnerung auch an schwer zu beschreibende Erfahrungen gelangen, die das individuelle Schicksal der Einzelnen für das Gericht nachvollziehbar machen sollen. Das machen manche alleine, mithilfe der mehr oder weniger vorhandenen deutschen Sprachkenntnisse, teilweise mit Übersetzungsprogrammen, vorbereitenden Fragen und manche auch mithilfe von Freunden, die schon besser Deutsch sprechen. Um im guten Gesprächskontakt zu bleiben und nichts zu vergessen, nehme ich die Gespräche zunächst auf. Das bedeutet im Anschluss, die Aufzeichnungen in ein lesbares Deutsch zu bringen und vor allem, sie zu ordnen. Kaum jemand ist in der Lage, seine traumatisierenden Erfahrungen der Reihe nach zu erzählen. Aber das Gericht könnte aus einem Durcheinander womöglich Unglaubwürdigkeit erkennen. Es werden mir Fotos gezeigt von schrecklich zugerichteten Todesopfern, die Nachbarn und Verwandte zeigen. Fotos ermöglichen es eigentlich, Ereignisse gut zu dokumentieren, könnte man meinen, wo Worte nicht ausreichen oder man sprachlos vor der Grausamkeit steht. Bei der Besprechung beim Rechtsanwalt mussten wir aber zur Kenntnis nehmen, dass solche Fotos, sofern sie

veröffentlicht worden waren, bei Gericht nicht für relevant gehalten werden. Der Geflüchtete selbst ist ja am Leben! Es geht offensichtlich nur um ihn, nicht um Andere, die er liebte! Und die Fotos könnten ja alles und jeden zeigen, sie taugen nur in seltenen Fällen als Beweis. Ich erlebe aber die Gefühle der Betroffenen angesichts der Fotos - und es stockt mir der Atem.



Ich finde es ungeheuerlich und menschenunwürdig, dass diese dem Krieg entflohenen Menschen auch noch gezwungen waren, lebensgefährliche Wege über das Meer zu suchen, um endlich in die von ihnen erträumte Sicherheit zu gelangen. Die Überlebenden werden weitere Male gequält, weil die Verwaltung unseres Landes nun genauestens wissen will, wie sie ihre Erfahrungen mit dem Krieg beschreiben. Als wäre es im Zeitalter von z.B. Drohnen nicht bekannt, was Krieg bedeutet. Und dann müssen sie befürchten, dass diese Schilderungen möglicherweise auch noch einfach ignoriert werden und nicht zum Bleiberecht führen. Wie grausam ist das! Auch wir, die den Geflüchteten Verständnis entgegenbringen, werden dadurch gequält. Wie lange lassen wir uns das gefallen? Es ist Zeit, sich grundlegend mit diesen Menschen zu solidarisieren.

Ausbildungsmöglichkeiten

Unter dem Aspekt der Nützlichkeit für unseren Arbeitsmarkt wurde die für einige Geflüchtete hilfreiche Regelung eingeführt, die über den Weg einer staatlich anerkannten Ausbildung zu einer weiteren Absicherung des Aufenthaltes in Deutschland führen kann (3+2-Regelung). Auf der Suche nach einem solchen zweiten, ein Aufenthaltsrecht begründenden Standbein für die Asylsuchenden, habe ich die Jobbörse der Arbeitsagentur allabendlich durchforstet. Entlang des öffentlichen Verkehrsnetzes von der Unterkunft aus, in der sie zwei Jahre lang wohnen müssen, erschöpft sich das Angebot schnell. Und die persönlichen Voraussetzungen für eine Ausbildung bringen natürlich längst nicht alle mit. Einige haben erst seit vierzehn Monaten hier in Deutschland überhaupt in ihrem Leben Schulunterricht kennengelernt. Erfreulich aufgeschlossen sind aber einige Handwerksbetriebe und soziale Arbeitgeber auf die Bewerbungen der Geflüchteten eingegangen. Nach Praktika, die zunächst von der Ausländerbehörde genehmigt werden müssen, haben bisher ein paar wenige Ausbildungsverträge erhalten. Wir hoffen sehr, dass die jungen Männer trotz schwieriger persönlicher Befindlichkeiten an ihrer hohen Motivation festhalten, sich eine neue Existenz aufzubauen.



Laufen als Fitnessprogramm und gegen Depressionen

Drei Monate lang haben zwischen acht und zwölf junge afghanische Männer an einem Laufprogramm teilgenommen, das Michael ihnen dreimal in der Woche angeboten hatte. Sie wurden fit und haben Spaß daran gefunden, gewöhnten sich auch an weniger gutes Wetter. Während sie allmählich immer schneller laufen konnten, kam es zu ausgelassenen Smalltalks untereinander, was dem Kontakt zwischen den Einzelnen zu Gute kam. Trotz Hitze und nach einer Verletzung von Michael fordern sie die Laufstunde weiter ein, was uns sehr freut.

Pazifismus beinhaltet Durchlässigkeit nationaler Grenzen

Bei unserer diesjährigen Mitgliederversammlung sprachen wir uns zum Thema „Gute Flüchtlinge – schlechte Flüchtlinge?“ in einer kleinen Runde aus. Es wurde berichtet von beruflichen Erfahrungen mit jungen Geflüchteten und Familien, die es schwer haben, sich anzupassen. Fragen nach der sogenannten Nützlichkeit dieser Menschen für unsere Gesellschaft tauchten auf, Ängste wurden ausgesprochen, die einige mehr, andere weniger umtreiben. Bedroht uns etwa nun eine fremde Kultur in unseren Errungenschaften von Freiheit und Vielfalt? Wie sind wir in unserem Sicherheitsbedürfnis tangiert? Was bedeutet es, so viele Menschen ohne Schulbildung integrieren zu sollen? Wie ist überhaupt die Menge der Geflüchteten einzuschätzen?

Wäre es nicht sinnvoll, wenn wir als *Lebenshaus* ein Projekt außerhalb Europas unterstützen würden, um gegen die Fluchtursachen aktiv zu werden?

Allerdings fielen uns spontan dann gleich sehr viele sinnvolle Projekte ein, die es schon gibt. Der Widerstand gegen Rüstungsproduktion und -handel ist ein anderes. Und wie man in diesem Rundbrief ebenfalls lesen kann, sind wir als Verein mit vielen Organisationen engagiert für den Abbau von Fluchtursachen.

Andererseits stellten wir uns die Frage, was denn offene Grenzen und ein „Bleiberecht für alle“ genau bedeuten würden. Haben wir eine Vision, wie das gehen könnte?

Wir fanden keine schnellen oder fertigen Antworten auf diese Fragen, zu denen es spürbar verschiedene Haltungen gab. Direkt vor der Mitgliederversammlung kamen von Ullrich Hahn telefonisch zu diesen Fragen sinngemäß folgende Anstöße, die uns nachdenklich machten, und die wir an anderer Stelle in seinem Thesenpapier abdrucken:



Wir sprechen von einer Vision, wenn wir für offene nationale oder europäische Grenzen plädieren. Bis dahin würde sich unsere Gesellschaft stark verändert haben. Pazifismus bedeutet, keine verletzende Gewalt anzuwenden. Deshalb beinhaltet Pazifismus, dass keine Landesgrenze mit der Waffe verteidigt werden kann. Jeder Mensch, der auf der anderen Seite der Grenze um Einlass bittet, kann letztlich nicht davon abgehalten werden, sie zu überschreiten. Deshalb ist es folgerichtig, für die Durchlässigkeit der nationalen Grenzen zu arbeiten.

Die persönlichen Grenzen, die ein Mensch um sich herum benötigt, um sich wohl zu fühlen, sind davon nicht berührt.

Mit diesen Anstößen würden wir gerne weiter nachdenken mit anderen Interessierten, die sich betroffen fühlen und um eine gemeinsame Haltung zu diesen Fragen ringen.

Die Katastrophe in Afghanistan ist das Ergebnis des US-NATO-“Krieges gegen den Terror“

Die afghanische Antikriegsaktivistin und Feministin Malalai Joya sandte eine Solidaritätserklärung zu einer von der Sydneyer „Stopp den Krieg“-Koalition gegen den Besuch von US-Vizepräsident Mike Pence am 29. April in Australien gerichteten Protestaktion. Wir veröffentlichen nachfolgend Malalai Joyas Solidaritätserklärung.

Von Malalai Joya

Es schmerzt mich, sagen zu müssen, dass nach mehr als 15 Jahren des sogenannten Krieges der US- und NATO-Truppen gegen den Terror, und nachdem sie weit über eine Billion Dollar dafür ausgegeben haben, die Nachrichten aus Afghanistan katastrophal sind.

Männer und Frauen in meinem Land sind heute durchaus nicht befreit: Sie leiden immer noch unter dem Faschismus des Fundamentalismus verschiedener Sorten und einer Besetzung durch US- und NATO-Truppen.

Ich habe in der Vergangenheit immer wieder gesagt, dass die Grundursachen für die Probleme meines Landes die Besetzung und der Fundamentalismus sind. Was ich vorausgesagt habe, ist alles eingetroffen.

Leider steht unser Land immer noch an der Spitze der Liste der Drogen produzierenden, korrupten, analphabetischen, unglücklichen und frauenfeindlichen und vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder. Der Genozid in unserem Land ist jetzt nicht weniger brutal, als er zur Zeit der Schreckensherrschaft der Taliban war. Die Besetzung hat uns noch zusätzliche Probleme gebracht.

Ich brauche die Lebensbedingungen in Afghanistan nicht in allen Einzelheiten zu beschreiben, ich will nur sagen, dass die Welle derer, die in den Ländern Europas und in anderen Ländern Asyl suchen, meist aus jungen Menschen besteht, die große Gefahren auf sich nehmen. Wenn sie dann ankommen, stehen sie wieder schrecklichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen gegenüber.

Millionen Afghanen leiden unter Unsicherheit, Armut, Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit, Unterdrückung und Tyrannei. Über 85% leiden unter Depressionen und anderen psychischen Störungen. Mehr als 3 Millionen von einer Gesamtbevölkerung von 30 Millionen sind drogenabhängig. Die Zahl nimmt Tag für Tag zu.

Westliche Regierungen sind eindeutig für die Katastrophe in Afghanistan verantwortlich: Die Ergebnisse dieser letzten 15 Jahre von Verbrechen in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen, Jemen und anderswo sind eine Welle des Terrorismus und Millionen von Asylsuchenden.

Da mehr als 60% der Afghanen arbeitslos und bitterarm sind, schließen sie sich den Taliban, ISIS oder anderen terroristischen Gruppen an, die ihren Kämpfern bis zu 600 US-Dollar im Monat zahlen. Diejenigen, die aus dem Westen deportiert werden, werden drogenabhängig oder schließen sich den Terroristen an, um zu überleben.

Ich verdamme aufs Schärfste die Politik der westlichen Regierungen, die sich gegen die Asylsuchenden wendet. Menschenrechtswerte, internationale Konventionen und, was am wichtigsten ist, die Hauptrolle, die sie in dieser Krise spie-

len, verpflichten sie dazu, den Notleidenden zu helfen. Sie müssen die Flüchtlinge betreffenden internationalen Gesetze befolgen.

Der sogenannte Krieg gegen den Terror ist die größte Lüge des Jahrhunderts.

Wir erleben, wie USA und NATO in Afghanistan noch immer direkt und indirekt die gefährlichsten Terroristen unterstützen und bewaffnen.

„Antiterrorismus" ist immer noch eine strategische Waffe in den Händen des Weißen Hauses; sie wird benutzt, um Asien zu destabilisieren und den wirtschaftlichen und militärischen Fortschritt Russlands, Chinas und anderer möglicher Rivalen der USA aufzuhalten.

Viele von euch haben gehört, dass die sogenannte Mutter aller Bomben (MOAB), die größte Nichtatombombe der USA, über dem Achin-Distrikt von Nangarhar abgeworfen wurde.

Die Behauptung, dass das Ziel dieser Bombe ISIS gewesen wäre, ist eine große Lüge, denn ich glaube nicht, dass die USA die Taliban, ISIS und Al Kaida in Afghanistan vernichten wollen. Stattdessen hat die Bombe nur dazu beigetragen, den seit Jahren grassierenden tödlichen Virus in unserem Land noch weiterhin zu nähren.

MOAB wurde abgeworfen, um die tödlichste Waffe auf Kosten unserer Gesellschaft zu testen und die folgende Botschaft an Russland, den Iran, China und andere Rivalen zu schicken: Die USA haben auf ihren Militärbasen in Afghanistan die zerstörerischsten Bomben und können sie nach Belieben einsetzen.

Bomben und Waffen, die USA und NATO in den 16 Jahren der Besetzung eingesetzt haben, enthalten radioaktive Elemente. Diese haben die Landschaft verseucht und zu einem erschreckenden Anstieg von Missbildungen bei Kindern geführt, die in vom Krieg zerrissenen Gebieten geboren wurden. In vielen Gebieten hat auch die Landwirtschaft gelitten.

Die USA haben Bomben über unserem Volk abgeworfen, die weißen Phosphor und abgereichertes Uran enthielten, und auch das hat zu verheerender Umweltzerstörung geführt.

Die Marionettenregierung in Kabul hat dem Pentagon grünes Licht gegeben, diese Verbrechen zu begehen und derartige Tests durchzuführen, als sie die schmachvolle Strategie-Vereinbarung mit den USA unterschrieb. Tatsächlich ist unser Land zum Versuchslabor der US-NATO-Kriegsmaschine geworden und wieder einmal zum Schauplatz für den Konflikt zwischen den Supermächten.



Wir sind äußerst besorgt, dass Afghanistan zum Schauplatz des Rüstungswettkampfes zwischen den Supermächten wird und noch tiefer in Krieg, Zerstörung und Unglück versinkt.

Solange unser Land von USA und NATO besetzt ist, wird es bei uns weder Sicherheit noch Stabilität geben.

Was Martin Luther King vor 50 Jahren sagte, bleibt wahr: Das gegenwärtige US-System ist der größte Lieferant von Gewalt und Terrorismus in der Geschichte.

Im Laufe der Kriegsjahrzehnte haben progressive Kräfte und Einzelne in Afghanistan Widerstand gegen die Besetzung geleistet und gegen den Fundamentalismus gekämpft. Das ist unsere Hoffnung für die Zukunft Afghanistans. Ihre Solidarität und Unterstützung hat mir mehr Hoffnung und Mut gegeben, in diesem Kampf weiterzumachen.

Zu unser aller Unglück haben der US-NATO-Krieg und die militärischen Invasionen in der Welt ein Blutbad angerichtet und wir müssen sogar befürchten, dass es einen Dritten Weltkrieg gibt, wenn sie nicht aufgehalten werden.

Die schlimmen Kriege und Brutalitäten aufhalten und den Weltfrieden herstellen liegt in der moralischen Verantwortung eines jeden bewussten Weltbürgers.

Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler

Quelle: Green Left Weekly. Originalartikel: Malalai Joya: Disaster in Afghanistan the result of US-NATO 'war on terror'.

Malalai Joya, geboren 1978, ist Ende 2003 international bekannt geworden, als sie vor der Loya Jirga (verfassungsgebende Versammlung in Afghanistan) eine Rede hielt, in der sie die Anwesenheit von Warlords und Kriminellen in der Versammlung kritisierte. Sie wurde nicht nur aus der Versammlung ausgeschlossen, sondern erhielt seitdem mehrere Morddrohungen und muss ständig um ihr Leben fürchten. Dennoch hört ihr Kampf für die Rechte von Frauen, für Demokratie und gegen die Korruption der Regierung ihres Landes nicht auf. Bei den Parlamentswahlen 2005 in der Provinz Farah wurde sie auf Grund ihres anhaltenden Kampfes für Gerechtigkeit gewählt und erhielt ein Mandat. 2007 wurde sie auch als Abgeordnete aus der Nationalversammlung ausgeschlossen, weil sie angeprangert hatte, dass Warlords und Kriegsverbrecher im afghanischen Parlament und in der Regierung Karsai vertreten waren.

Literatur: Malalai Joya: Ich erhebe meine Stimme. Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan. Piper, München Zürich 2009

Internet: http://www.malalaijoya.com und https://www.facebook.com/joya.malalai

Pazifismus und offene Grenzen

Von Ullrich Hahn

Rückblick auf Evian 1938

Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich stieg der Auswanderungsdruck jüdischer Bürger aus dem nunmehr „Großdeutschen Reich".

In der Folge schlossen alle Nachbarstaaten ihre Grenzen für Juden.

In einer von den USA initiierten Konferenz zur Frage der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland in Evian, an der 32 Staaten teilnahmen, war kein einziger dieser Staaten bereit, Juden aus Deutschland aufzunehmen. Die Konferenz wurde ergebnislos beendet. Zu einer Zeit, als die Auswanderung von Juden aus Deutschland noch möglich gewesen wäre, blieben ihnen die Grenzen verschlossen.

I. Grundsätze

1. Die Haltung des Pazifismus tendiert zur Öffnung von Grenzen.
   Eine wirksame Grenzkontrolle setzt Gewalt voraus in Gestalt von Mauern, Zäunen, Überwachung bis hin zum Schusswaffengebrauch und der lebensgefährlichen Abwehr und Zerstörung von Flüchtlingsbooten auf hoher See.
   Die Absage an jede Form verletzender und tödlicher Gewalt verträgt keine geschlossenen Grenzen.
2. Pazifismus beruht auf der Vorstellung der einen Menschheit und dem gleichen Lebensrecht aller einzelnen Menschen, auch wenn sie uns fremd oder gar feindlich gesinnt sind. Sie sind immer „welche von uns".
3. Dem Menschenrecht ist eine Obergrenze fremd.
   Auch der/die Letzte in einer Reihe hat noch das gleiche Lebensrecht wie die Ersten.
4. Bei der Vorstellung offener Grenzen geht es nicht um deren Abschaffung, sondern um ihre Durchlässigkeit. Grenzen sind im Zusammenleben von Menschen in vielerlei Hinsicht notwendig. Sie schützen und sichern den für mich notwendigen Raum meiner Freiheit und damit meiner Person.
   a. Auch kommunale und Landesgrenzen sind sinnvoll und hilfreich im Sinne einer Zuordnung von Verantwortung, d.h. der Zuständigkeit in Bezug auf die Verwaltung des gegliederten Gemeinwesens.

II. Ängste

Die Forderung nach offenen Grenzen erzeugt – verständlicherweise – vielfältige Ängste, die einer politischen Umsetzung dieser Idee im Wege stehen. Dagegen gilt es zu erinnern:

1. Nur ein geringer Teil der weltweit gezählten Flüchtlinge erreicht überhaupt die Industriestaaten. Der größte Teil wird in Nachbarregionen der Krisengebiete aufgenommen.



2. Die Angst vor und entsprechend die Abwehr gegen die Flüchtlinge ist umso größer, je weniger Menschen mit fremder Staatsangehörigkeit in einem Staat oder Landesteil leben. Die große Zahl verliert ihre angstmachende Größe, wenn wir uns für die Erzählung der einzelnen Menschen öffnen.
   Weniger die Argumente, sondern eher die Begegnung öffnet uns – und damit unsere Grenzen – für andere Menschen.
3. Die Bindung an Heimat, Kultur und Sprache sind in der Regel so stark, dass Menschen sich nur in größter Not zur Flucht in die Fremde entscheiden. Ohne gewichtigen Grund verlässt niemand auf Dauer seine Heimat.
4. Fluchtgründe sind keine Naturereignisse. Sie sind von Menschen gemacht und deshalb politisch zu beeinflussen.
   a. Ziel einer jeglichen Politik, die die Notwendigkeit massenhafter Flucht vermeidet, muss sein, das Leben in jedem Land lebenswert zu gestalten und zu erhalten.
   b. Ein aktiver Pazifismus fördert eine solche Politik, in dem wir uns gegen Krieg, Rüstungsexporte und für eine gerechte Weltwirtschaft einsetzen.

III. Ansätze

1. Es gibt sie schon, die offenen Grenzen:
   - Im Binnenraum der EU,
   - für die Angehörigen der reichen Industriestaaten und für die reiche Elite aus allen anderen Staaten (Anhang II zur EG-Visaverordnung; § 21 AufenthG),
   - im Freihandel, der von den exportorientierten Industriestaaten befürwortet und weltweit durchgesetzt wird,
   - z.B. in Ecuador: nach Art. 40 von deren Landesverfassung gilt kein Mensch auf dem Staatsgebiet als illegal. Jeder Ausländer hat das Recht auf Gleichbehandlung.

2. Erste Schritte können sein:
   a. Die Erweiterung von Aufnahmeprogrammen (Kontingente gem. § 23 Abs. 1 u. 2 AufenthG, Resettlement, § 23 Abs. 4 AufenthG),
   b. humanitäre Visa, Art 25 Visa-Codex der EU,
   c. Aufhebung der Visapflicht z.B. für Syrien, Afghanistan, Irak,
   d. die Erweiterung der Arbeitsmigration entsprechend § 26 Abs. 1 BeschäftigungsVO,
   e. durch Veränderung des Dublin-Systems im Sinne einer Solidarität zwischen den Staaten der EU einerseits und den Flüchtlingen andererseits durch gerechte Lastenverteilung und die Verbindlichkeit der eigenen Wünsche der Flüchtlinge für einen bestimmten Zielstaat.

IV. Das Land verwandeln

1. Flüchtlinge bringen eine doppelte Botschaft mit – von dem weltweiten Unrecht, das sie zur Flucht gezwungen hat und den ungerechten Zuständen im Zielland, die ihnen die Aufnahme erschweren.
   Hierzu gehört vor allem die immer größer werdende Schere von Arm und Reich, die zur Konkurrenz des armen Teils der Bevölkerung mit den gleichfalls mittellosen Flüchtlingen führt (Wohnungsmarkt und bei den Sozialleistungen).
   Unverträglich mit der Aufnahmefähigkeit für Einwanderer ist das Privateigentum am Boden.
   Der verfügbare Raum ist zunehmend in privater Hand von Menschen, die ihn selbst nicht nutzen.
   Eine Lösung wäre die Umwandlung von Privateigentum am Boden in Nutzungsrechte, die durchaus generationenüberschreitend ausgestaltet sein können.
   Wenn wir uns Gerechtigkeit für Einwanderer und Flüchtlinge wünschen, ist dies wohl nur zu haben über die Verwandlung der bestehenden in eine gerechte Gesellschaft.



Terminübersicht

28. Juni 2017 (voraussichtlich) - 18.30 Uhr am Stadtbrunnen in Gammertingen: ***Protestkundgebung „Keine Abschiebungen nach Afghanistan!"***. Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

2. Juli 2017 - 12:00 Uhr Rathausmarkt Hamburg: ***EINE ANDERE POLITIK IST NÖTIG! G20-Protestwelle: Protestmarsch - Bootsdemo - Bannermeer.*** www.g20-protestwelle.de

10.-16. Juli 2017 - „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen!" Aktionswoche gegen Rüstungsexporte, zu der Ohne Rüstung Leben und die „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" aufrufen.

14. Okt. 2017 - 10.00 - 18.30 Uhr im evang. Gemeindehaus Gammertingen: Tagung 2017: ***„'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biographische Zugänge".***

14. Okt. 2017 - 20:00 Uhr im evang. Gemeindehaus Gammertingen: ***Musikalischer Abend*** mit Gabriele Lang und Bernd Geisler + „Die Bläserei" Mariaberg + Frauenchor VoicESS

15. Okt. 2017 - 9:00 bis 10:30 Uhr in Mössingen Führung ***„Auf den Spuren des Mössinger Generalstreiks"***. Anschließend bis ca. 14:00 Uhr Wanderung

Lebenshaus arbeitet vielfach an Abbau von Fluchtursachen mit

Als *Lebenshaus* sind wir in Bündnissen und sozialen Bewegungen gut vernetzt, mit denen wir uns für eine andere Welt engagieren, eine Welt, in der Menschen überall würdevoll leben können. Eine Welt, in der niemand mehr aufgrund von Krieg und sozialer Entwurzelung zur Flucht gezwungen wird. Hier auszugsweise einige Beispiele:

- Das *Lebenshaus* ist Mitglied im globalisierungskritischen Netzwerk *Attac*, dem sich bereits 90.000 Mitglieder in 50 Ländern angeschlossen haben. Mitglieder und Aktive von Attac setzen sich ein für ihre Überzeugung, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, die Förderung von Selbstbestimmung und Demokratie und der Schutz der Umwelt die vorrangigen Ziele von Politik und Wirtschaft sein sollten. Wir setzen uns ein für eine ökologische, solidarische und friedliche Weltwirtschaftsordnung. Der gigantische Reichtum dieser Welt muss gerecht verteilt werden.
- In der *Kampagne „Steuer gegen Armut"* sind wir ein Zusammenschluss von 100 Mitgliedsorganisationen und fordern seit Oktober 2009 mit unserem Offenen Brief an die Bundesregierung die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Aus den Einnahmen sollen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zum Umweltschutz finanziert werden.
- Wir sind langjährige Mitträger der Schuldenerlasskampagne *erlassjahr.de*, weil die Auslandsschulden der armen Länder so hoch geworden sind, dass sie sich äußerst schädigend gerade auf die Ärmsten auswirken. Vielen Ländern des Südens drohen die Schuldenfalle und der Staatsbankrott. Die Armen bezahlen die Bereicherung der Reichen. Dabei unterstützen wir die aktuelle Kampagne „Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt", die die Bundesregierung auffordert, ihre G20-Präsidentschaft im Juli zu nutzen, um endlich ein faires Verfahren für die Lösung von Schuldenkrisen auf den Weg zu setzen. Das ist dringend notwendig, denn in vielen Ländern im Globalen Süden drohen Schuldenkrisen.
- Als Mitglied des *Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB)* mit seinen über 150 Mitgliedern - entwicklungspolitische Organisationen, lokale Initiativen, Weltläden und lokale, themen- oder länderbezogene Netzwerke - arbeiten wir mit dafür, dass sich viele Menschen von einer Vision weltweiter Gerechtigkeit leiten lassen und so leben, wirtschaften und Politik machen, dass Menschen in allen Teilen der Erde ein menschenwürdiges Leben haben.
- Krieg ist weltweit die zentrale Fluchtursache. In fast jedem siebten Land der Erde herrscht Krieg. Mit der *Kooperation für den Frieden*, einem Zusammenschluss von mehr als 50 Initiativen und Organisationen aus der Friedensbewegung, setzen wir uns dafür ein, dass kriegerische Gewalt als Mittel der Politik geächtet wird und stattdessen Methoden und Strategien der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung ausgebaut werden.
- In der *Kampagne „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!"* sind wir mehr als hundert Organisationen der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit, mit der wir uns seit 2011 gemeinsam für ein grundsätzliches Verbot deutscher Rüstungsexporte engagieren. Die aus Deutschland gelieferten Waffen feuern bestehende Konflikte an. Vor der daraus resultierenden Gewalt versuchen viele Menschen sich durch Flucht zu retten. Die deutsche Rüstungsindustrie verdient dann zudem an Flüchtlingsabwehr der EU und vieler Staaten, denn sie liefert Grenzsicherungsanlagen und Überwachungselektronik. Rüstungsexporte sind für deutsche Unternehmen äußerst profitabel. Unsere Kampagne will den Opfern dieser skandalösen Politik eine Stimme, den Tätern Name und Gesicht geben und will den Geschäften mit dem Tod ein Ende setzen.
- Die *Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien"*, zu deren Trägerorganisationen das *Lebenshaus* gehört, fordert von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages: das Bundeswehrmandat für Syrien nicht zu verlängern, sich stattdessen für eine Stärkung des Friedensprozesses unter UN-Verantwortung einzusetzen, in den die (vor allem syrische) Zivilgesellschaft angemessen einzubeziehen ist, sowie die deutsche humanitäre Hilfe aufzustocken und gleichzeitig die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen und einzusetzen.
- Wir sind Mitglied und Kunde der *GLS Gemeinschaftsbank*, weil es bei dieser außergewöhnlichen Bank nicht um Gewinnorientierung geht, die Armut, Ausbeutung und Krieg nach sich zieht, sondern um einen Umgang mit Geld, durch den soziale Gerechtigkeit, Eigenverantwortung und Demokratie gefördert wird.
- Vor einigen Jahren haben wir am vereinseigenen Gebäude eine grundlegende energetische Sanierung durchgeführt, durch die wir ganz vom Öl weggekommen sind und ebenso zu einer erheblichen Reduktion des klimaschädlichen CO^2. Da die Gefahr von Konflikten und Kriegen um die knapper werdenden weltweiten Öl- und Gasressourcen weiter steigt, ist unsere Unabhängigkeit von diesen fossilen Rohstoffen bei unserem Gebäude zumindest ein kleiner friedenspolitischer Beitrag. Außerdem belasten wir nicht die Armen dieser Welt, die in erster Linie von den Folgen der Klimakatastrophe betroffen sind. (ms)

Die Welt rüstet weiter auf - Und Deutschland ist voll dabei

Von Michael Schmid

Die unvorstellbare Summe von 1.686.000.000.000 Dollar wurde laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri im Jahr 2016 weltweit in das Militär gesteckt. Spitzenreiter sind laut Sipri-Bericht vom 24.04.2017 die USA mit 611 Milliarden Dollar vor China mit 215 Milliarden Dollar und Russland mit 69,2 Milliarden Dollar. Die Bundesrepublik wird mit 41,1 Milliarden Dollar auf Platz neun ausgemacht. Dem Bericht zufolge geben allein die Nato-Länder die Hälfte des Geldes aus.

Die Zahlen zeigen, dass weiterhin horrende Beträge für Rüstung und Krieg verschwendet werden. 1,69 Billionen Dollar, das sind 227 Dollar, die rein rechnerisch pro Person für das Militär ausgegeben wurden, sagt Sipri. 227 US-Dollar - das klingt nicht nach viel, ist aber doch eine beachtliche Zahl. Denn das ist nur ein bisschen weniger als die 260 US-Dollar, die ein Mensch laut Weltbank pro Jahr - etwa in Burundi - im Schnitt verdient.

„Operation Aufrüstung"

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg verkündete in seiner Rede bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz im Februar stolz, die Rüstungsausgaben der Allianz seien 2016 um 10 Milliarden Dollar oder knapp 4 Prozent gestiegen. Gelungen ist dies nicht zuletzt dank Deutschland. Zwar versucht die Bundesregierung völlig wirklichkeitsfremd beharrlich den Eindruck zu erwecken, die Bundeswehr sei in den vergangenen Jahren systematisch kaputt gespart worden. 1999 belief sich der Rüstungshaushalt noch auf (umgerechnet) etwa 24,3 Milliarden Euro. 2006 waren es dann 27,8 Milliarden, um dann bis 2010 auf 31,1 Milliarden weiter anzuwachsen. Gemäß dem Sparbeschluss der Bundesregierung vom Juli 2010 hätte der Haushalt dann bis 2014 wieder auf 27,6 Milliarden Euro abgesenkt werden müssen. Doch der Beschluss wurde schnell wieder gekippt: 2014 waren es 32,5 Milliarden Euro, die in den Militärhaushalt gepumpt wurden. Doch das war nichts, gegen die saftigen Erhöhungen der folgenden beiden Jahre. 2016 betrug der Etat 35,1 Milliarden Euro. Und für 2017 wurden nun sogar 37 Milliarden Euro eingestellt.

Allerdings ist damit wohl noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Denn die NATO-Staaten haben auf ihrem Gipfel in Wales 2014 unter dem Eindruck der Krise in der Ukraine und auf das Drängen des damaligen US-Präsidenten Obama beschlossen, allesamt bis spätestens 2024 mindestens 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für ihr Militär auszugeben. Dabei handelte es sich allerdings um eine politische Zielsetzung, keinen rechtlich verbindlichen Beschluss. Dem jetzigen US-Präsidenten Donald Trump ist die Steigerung der Militärausgaben eine Herzensangelegenheit. Das Budget des Pentagon soll um rund zehn Prozent wachsen. Unter dem Druck von Trump haben nun alle Mitgliedsstaaten beim NATO-Gipfeltreffen am 25. Mai in Brüssel die verbindliche Umsetzung des 2-Prozent-Ziels bis 2024 zugesagt.

In Deutschland beträgt der BIP-Anteil trotz kräftiger Erhöhung dieses Jahr „nur" 1,2 Prozent. Zwei Prozent wären für den deutschen Militärhaushalt im vergangenen Jahr rund 62 Milliarden Euro gewesen. Wird das Wirtschaftswachstum vorsichtig kalkuliert, so werden es im Jahr 2024 mehr als 70 Milliarden Euro sein. Bis 2024 müsste der Militäretat also verdoppelt werden. Nach früheren Bekenntnissen von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Angela Merkel zum Zwei-Prozent-Ziel hat die Kanzlerin nun in Brüssel dieser irrsinnigen Größenordnung verbindlich zugestimmt.

Bereits im März 2017 hat das Finanzministerium die „Eckwerte" mit der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 herausgegeben, welche weitere drastische Erhöhungen vorsehen. Bis 2021 soll der Militäretat weiter auf 42,3 Milliarden ansteigen. Doch vom Zwei-Prozent-Ziel ist auch dieser Betrag noch äußerst weit entfernt. Mit solch enormen Militärausgaben wird ein massiver Aufrüstungskurs angekurbelt: Mehr Waffenkäufe, mehr Rüstungsexporte (auch in direkte Kriegsgebiete wie Saudi-Arabien), mehr Auslandseinsätze und mehr Manöver. Die Rüstungsindustrie wird hocherfreut sein über die in Aussicht stehenden Riesengewinne!

Zu der Frage, woher das Geld kommen soll, äußerte Jens Spahn, Staatssekretär im Finanzministerium: „*Etwas weniger die Sozialleistungen erhöhen in dem einen oder anderen Jahr - und mal etwas mehr auf Verteidigungsausgaben schauen.*"

„die herrschenden können die schrift
an der wand nicht mehr übersehen
die beherrschten kehren sich ab vom kopfnicken
die waffenhändler wagen nicht mehr
über die am boden liegenden zu steigen
die bischöfe geben die schlüpfrigen reden auf
und sagen nein
die freunde und freundinnen jesu
blockieren die straßen des overkill
die schulkinder erfahren die Wahrheit
woran sollen wir einen engel erkennen
außer dass er und sie mut macht wo angst war
freude wo nicht mal mehr trauer wuchs
einspruch wo sachzwang herrschte
abrüstung wo terror glaubwürdig drohte
fürchte dich nicht der widerstand wächst"

Dorothee Sölle

„Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen bekommen, denen, die frieren und keine Kleidung haben. Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein. Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder."

Dwight D. Eisenhower, US-General und Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa und späterer 34. Präsident der Vereinigten Staaten

Laut Finanzminister Wolfgang Schäuble ist mehr als genug Geld und Bereitschaft vorhanden, den Militäretat kräftig zu erhöhen - alles nur eine Frage der Prioritäten. Im Bericht aus Berlin am 19.02.2017 gab er an: „*Wir haben es in den letzten Jahren auch geschafft. Schauen Sie, wir haben in den letzten zwei Jahren jährlich etwa bis zu 20 Milliarden Euro für Integration, für Fluchtursachen-Bekämpfung, für Migrationssteuerung gemacht. […] Kontinuierlich den Verteidigungshaushalt erhöhen – geht. Man kann sich nicht alles leisten, aber wenn man die Prioritäten richtig setzt, ist es möglich. Den Spielraum dazu haben wir.*"

Ja, eben, die Prioritäten müssen richtig gesetzt werden! Mit der Steigerung von Militärausgaben lassen sich weder Konflikte, soziale Ungleichheit oder Klimawandel lösen. Im Gegenteil, die Welt wird durch weitere aberwitzige Aufrüstung nur noch gefährlicher. Abrüstung ist stattdessen das Gebot der Stunde. Keine Verschleuderung von wertvollen Ressourcen. Stattdessen investieren in mehr soziale Gerechtigkeit und Zivile Konfliktbearbeitung. Doch wer stoppt diesen Wahnsinn?

Immerhin wollen 60 Prozent der Deutschen nach einer EMNID-Umfrage vom Februar weder höhere Rüstungsausgaben noch ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands. Sollte sich diese Bevölkerungsmehrheit so deutlich bemerkbar machen, dass dadurch die Aufrüstungs- und weltweite Interventionspolitik gestoppt würde, wäre das ein bedeutender erster Schritt. Weitere müssten folgen.

Übrigens: US-Präsident Trump setzte selbst nach dem verbindlichen Gipfelbeschluss zur Umsetzung des 2-Prozent-Ziels in Brüssel noch einen drauf. „*Eigentlich reicht das noch nicht einmal, das ist das absolute Minimum*", erklärte Trump. Wer stoppt also diesen Wahnsinn!?!

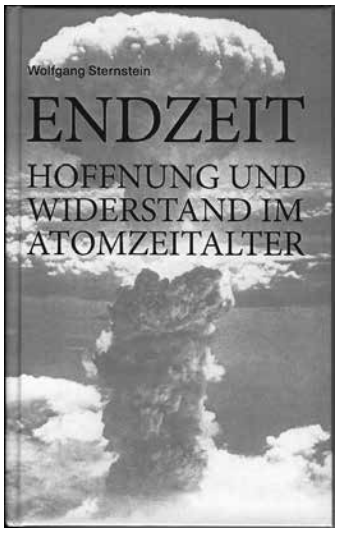




Während bundesweit in über 90 Städten die traditionellen Ostermärsche für den Frieden stattfanden, versammelten sich am Ostermontag in Friedrichshafen am Bodensee über 800 Menschen zum bereits neunten grenzüberschreitenden Friedensweg in der Tradition dieser Ostermärsche unter dem Motto „Von der Kriegslogik zu einer Friedenskultur". Frauen, Männer und Kinder, darunter eine deutsch-afghanische Delegation aus Gammertingen, bewegten sich von der Anlegestelle in einem bunten Zug durch die Stadt und versammelten sich zur Abschlusskundgebung am Adenauer Platz vor dem Rathaus, wo Andreas Zumach, bekannter Friedensaktivist und UNO-Korrespondent aus Genf, eine Rede hielt. Zuvor hatten sich an drei Stationen am Friedensweg mit Anne Rieger, Claudia Haydt und Claudia Friedl drei Frauen zu aktuellen Friedensfragen geäußert. Zum diesjährigen Internationalen Bodensee-Friedensweg hatten mehr als 60 kirchliche, soziale und friedenspolitische Organisationen aus der Schweiz, Österreich und Deutschland aufgerufen, darunter auch das *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

ENDZEIT. Hoffnung und Widerstand im Atomzeitalter

Neues Buch von Wolfgang Sternstein erschienen



In dem Buch von Wolfgang Sternstein geht es um ein Thema, das eigentlich jeden Menschen interessieren sollte, da es ihn und seine Angehörigen in höchstem Maße betrifft. Es geht um die Bedrohung der Existenz der Menschheit und aller noch ungeborenen Generationen durch einen atomaren Weltkrieg, der angesichts des drohenden Rückfalls in den Kalten Krieg zwischen der Nato und Russland (evtl. im Bündnis mit China) seit 2014 wieder näher rückt. Wie dramatisch die Gefahr eines solchen Krieges zunimmt, kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass die „Weltuntergangsuhr" des „Bulletin of Nuclear Scientists" in diesem Jahr von 5 Minuten vor 12 auf 3 Minuten vorgestellt wurde (zum ersten Mal wieder seit 1984!).

Das Buch setzt sich kritisch mit dem bekannten Römerspruch „Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg" auseinander. Diese weltweit verbreitete Lehre wird als Ideologie erkannt, das heißt als eine Unwahrheit, die nur deshalb nicht als solche erkannt wird, weil die meisten Menschen sie für wahr halten. Die Behauptung, die Politik der atomaren Abschreckung sichere den Frieden, wird unter anderem durch den Nachweis widerlegt, dass in der Zeit des Kalten Krieges der atomare Holocaust nur durch eine Mischung von „Sachverstand, Glück und göttlicher Fügung" (General George Lee Butler, ehemaliger Kommandeur des Strategic Air Command) verhindert wurde.

Das Gleiche gilt für die Behauptung, durch Wissenschaft, Technik und Industrie könnten alle Völker Wohlstand erlangen. Diese Ideologie liegt dem Kapitalismus und dem Kommunismus zugrunde. Auch sie wird als Ideologie erkannt.

Schließlich geht das Buch der Frage nach, weshalb ausgerechnet die vom Christentum geprägte westliche Kultur die Welt an den Abgrund der Selbstvernichtung führte, von dem uns nur noch wenige Schritte trennen.

Gewalt, so lautet die These dieses Buches, ist ein untaugliches Mittel der Konfliktlösung auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen, sofern das Ziel darin besteht, den Konflikt im Interesse aller Beteiligten zu lösen. Es gibt jedoch eine konstruktive Alternative zur Gewalt als Mittel der Konfliktlösung auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen – die gewaltfreie Aktion. Sie wird in drei Kapiteln entfaltet.

Eine nüchterne Betrachtung der Weltlage kommt zu dem Ergebnis, dass ein nuklearer Holocaust auf lange Sicht wohl kaum verhindert werden kann. Trotzdem ist das kein Grund zu verzweifeln, denn noch lässt sich das Eintreten dieses Ereignisses durch kluge Politik in die Zukunft hinausschieben. Und es lohnt sich allemal, Konflikte mit den Methoden der gewaltfreien Aktion auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu lösen, denn dieses Bemühen trägt seinen Sinn und seinen Wert in sich selbst.

Wolfgang Sternstein: ENDZEIT. Hoffnung und Widerstand im Atomzeitalter. buch.one Verlag, Pliezhausen. 2017, 333 Seiten. Erhältlich über den Autor: Wolfgang Sternstein, Hauptmannsreute 45, 70192 Stuttgart. E-Mail: sternstein@uwi-ev.de. Preis: € 20,00 (inklusive Versand).

Stärken Sie *Lebenshaus Schwäbische Alb* für sein weiteres Engagement

Für sein gesamtes Engagement ist *Lebenshaus Schwäbische Alb* fast ausschließlich auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. die für diesen Herbst erneut geplante Tagung, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, die Personalkosten für eine 30-Prozent-Teilzeitstelle und einen Minijob sowie möglichst Abbau von Schulden erfordern erhebliche Finanzmittel.

Wir benötigen dieses Jahr rund 55.000 Euro an Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Bis Ende Mai haben wir Spenden und Mitgliedsbeiträge in Höhe von rund 16.000 Euro erhalten. Dies entspricht ca. 29 Prozent des voraussichtlichen Jahresbedarfs. Ganz herzlichen Dank dafür!

Gleichzeitig bitten wir um Ihre/Deine Unterstützung, um den erforderlichen Betrag möglichst zusammen zu bringen.

Jede Spende – groß oder klein - und jede Fördermitgliedschaft hilft! Und zinslose Darlehen sind ebenfalls nützlich.

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen

Katrin Warnatzsch (kw)

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 700 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800
IBAN: DE36430609678023334800
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG
ffuenf
büro für online-kommunikation

Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Bubenhofenstr. 3 | 72501 Gammertingen
PVSt E 60681 - DPAG - Gebühr bezahlt

Sand im Getriebe

Nein, schlaft nicht,
während die
Ordner der Welt
geschäftig sind!

Seid misstrauisch gegen ihre Macht,
die sie vorgeben
für euch erwerben zu müssen!

Wacht darüber,
dass Eure Herzen nicht leer sind,
wenn mit der Leere Eurer Herzen
gerechnet wird!

Tut das Unnütze, singt die Lieder,
die man aus eurem Mund
nicht erwartet!

Seid unbequem,
seid Sand,
nicht das Öl
im Getriebe der Welt!“

Günter Eich - letzter Absatz aus dem Schlussgedicht des Hörspiels „Träume“